

Feinden die Faust, Willigen die Hand

Den 13. August haben viele Arbeiter in unserer Republik in Briefen an unseren hochverehrten Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht mit dem 1. Mai verglichen. Wahrscheinlich ein treffender Vergleich. Dieser Augustsonntag war wie der 1. Mai ein Kampftag der Arbeiterklasse, an dem wir den revanchelusternen und militaristischen Kräften in Westdeutschland die Stärke und Festigkeit unserer Republik bewiesen. Mit dem am 13. August getroffenen Maßnahmen machten wir denen, die in Gedanken insgeheim die DDR schon dem Bonner NATO-Staat einverleibt hatten, einen dicken Strich durch die Rechnung.

Wenn dieser oder jener das nicht gleich begriffen hatte, die Reaktion unserer Feinde machte es deutlich. Sie geiferen, weil sie empfindlich getroffen waren. Das kennen wir bereits. Sie haben nach jedem unserer Erfolge wütend geschimpft, nach der Enteignung der Kriegsverbrecher und Juncker, dem Geldumtausch in der DDR 1957, dem Entwurf des neuen KPDSU-Programms, aber das zeigt nur, auf wessen Seite die stärkeren Bataillone stehen.

Ihre Hetze gipfelte in diesen Tagen in dem Versuch, in der DDR Provokationen auszulösen. „Leht euch gegen diese Unmenschlichkeit auf“, wandten sich Rundfunk und Fernsehen in Westdeutschland an ihre Helfershelfer in der DDR. „Probiert,

wie weit ihr gehen könnt“, leiteten sie ihre Agenten an.

Die Hatten, die sich daraufhin aus ihren Löchern wagten, hatten sich verrechnet. Sie bekamen Arbeiterflüsse zu spüren. Auch an unserer Universität. Nun treten sie den Rückzug an. Wir dürfen es nicht zulassen, daß sie sich wieder in ihren Löchern verkriechen.

„Du bist kein Arbeiter, sondern ein Lumpenproletarier“, rechneten die Kollegen des Klinikums auf einer vom Betriebskomitee zum Schutz der Bürger und zum Kampf gegen den Menschenhandel einberufenen Belegschaftsversammlung mit dem im Kesselhaus beschäftigten Driebusch ab, der in der Woche nach dem 13. August in angetrunkenem Zustand den ebenfalls im Kesselhaus arbeitenden Genossen Mohr mit den Worten „Da kommt der größte Feind des Kesselhauses“ beschimpft, angespuckt und tätlich angegriffen hat. Genosse Mohr, obwohl nicht mehr der Jüngste, gab ihm die verdiente Lektion.

Die Versammlung brachte uns Tageslicht, weg Geistes Kind Driebusch ist, der kleinlaut und stammelnd alles abstritt und die Auseinandersetzung als persönliche Zwistigkeit hinzustellen versuchte. Sie entlarvte ihn als Hörer westlicher Hetzsender, der Arbeitskollegen gegenüber äußerte: „Es steht schlecht aus in der politischen Lage“ und ihnen empfahl: „Man muß auch mal die andere Seite hören.“

Einmütig verurteilte die Belegschaft sein provozierendes Treiben: „Du bist ein Verbreiter der Konterrevolution“. Kollegen erinnerten an die von der ungarischen Konterrevolution verübten Grausamkeiten und erklärten: „Wir werden es nicht dulden, daß solche Leute in aller Öffentlichkeit gegen unseren Staat hetzen.“ Die Arbeiter des Klinikums protestierten: „Wir lassen unseren Genossen Mohr nicht beleidigen. Wer ihn anspricht, hat die Partei, hat auch mich angespuckt.“ Eng schlossen sie sich in diesen Tagen um die Partei. Die Versamm-

lung faßte den Beschluß, die Angelegenheit Driebusch zur weiteren Klärung unseren Staatsorganen zu übergeben.

Prinzipiell und hart sagten sie auch dem 28jährigen Böhme die Meinung, der Funktionären im Klinikum Prügel angeboten hatte. „Das hat mit der Politik nichts zu tun“, versuchte dieser sich zu rechtfertigen. „Ich kümmere mich nicht um Politik und gehe in keine Versammlung.“

„Lausejunge“, tönte es aus der Versammlung. „Wer sich nicht um die Politik kümmert, mit dem machen die westdeutschen Militaristen Politik. Böhme, der anfangs noch froh und arrogant auftrat, merkte bald, woher der Wind wehte und trat den Rückzug an. Böhme, der schon früher feindliche Hetzflugblätter verbreitet hat, versuchte jetzt Mitleid zu erregen und drückte auf die Tränenröhren.

Provokateuren gegenüber aber gibt es kein Mitleid.

Die westdeutschen Militaristen suchen einen Vorwand, um zur offenen Annexion der DDR zu schreiten. Durch auf die Spitze getriebene Störtätigkeit und organisierte Abwerbung suchen sie sich diesen Vorwand zu schaffen. Auch die Auslösung von Provokationen in der DDR gehört zu ihrem verbrecherischen Programm eines Bürgerkrieges in Deutschland, der sich unmittelbar zu einem dritten Weltkrieg mit atomaren Waffen ausweiten würde.

Unmißverständlich hat die Belegschaft deshalb zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter an der Universität keine Provokationen dulden. Wenn einigen auf der Versammlung der Ton zu hart erschien, so muß ihnen gesagt werden, unsere alten, in den Klassenschichten der Novemberrevolution und im Kampf gegen den Faschismus gestählten Arbeiter wissen, welcher Ton gegenüber Reaktionen und Provokateuren notwendig ist. Wenn es um die Frage Krieg oder Frieden geht, sind Prinzipienfestigkeit und Konsequenz notwendig.

H. Rieck



Hilfe in der Landwirtschaft leisten unsere Studenten gern und mit großem Fleiß. Auf unserem Bild sind es Germanistikstudenten, die im Studentensommer beim Rübenpflanzen ihr Soll mit 140 Prozent erfüllten. In diesen Tagen gehen unsere Studenten wieder hinaus auf die Felder und helfen den Genossenschaftsbauern.

Er bat um Aufnahme in die Partei: Oberarzt Dr. Joachim Wilke

„Bereiten Sie alles vor! Nehmen Sie inzwischen die Verbände ab. Ich komme etwas später zur Visite.“ Dr. Joachim Wilke, Oberarzt unserer Klinik für Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten, legt den Hörer auf. Es heißt sich kein anderer Zeitpunkt für unser Gespräch mit dem jungen Arzt finden. Ärzte sind nun einmal schuier beschäftigt. Und wohl nicht nur sie.

Oberarzt Dr. Wilke hat vor einiger Zeit um Aufnahme als Kandidat in die Sozialistische Einheitspartei gebeten und ist von seiner Grundorganisation bereits aufgenommen worden. „Daß ich diesen Antrag ge-

der Partei bekomme“, erklärt er. Natürlich ist unser Gespräch rasch bei dem was jetzt alle sehr bewegenden Fragen der Friedensregelung in Deutschland und der Lösung des Westberlinproblems. „Ich sehe meine Aufgabe darin“, meint er, „mit meinen Mitarbeitern darüber zu sprechen, daß die Handlung unserer Regierung in der Berliner Frage richtig ist. Wir als Ärzte sehen selbst, welche Schwierigkeiten uns aus dem Menschenhandel erwachsen sind. Vom Standpunkt der ärztlichen Verantwortung sind die Maßnahmen nur zu begrüßen, denn die Versorgung der Patienten ist für uns immer ausschlaggebend.“

Oberarzt Dr. Wilke arbeitet in der Senatskommission mit, die sich das Ziel gesetzt hat, entscheidend dazu beizutragen, unsere Universität von westdeutschen Störmaßnahmen unabhängig zu machen. „An unserer Klinik besteht hierin große Einsicht“, erzählt er. „Wir haben allen Kollegen erklärt, daß wir nicht erst warten können, bis wir die Notwendigkeit gestellt sind, auf westliche Materialien verzichten zu müssen, sondern daß wir uns vorher sichern müssen.“

Der Genosse Dr. Wilke erläutert uns einiges aus seinem fachlichen Aufgabenbereich. Viel Freude bereitet ihm die fruchtbringende Zusammenarbeit mit Ärzten und Arbeitern aus dem VEB Kombinat Espenhain. Er arbeitet in der dortigen Betriebspoliklinik als Hals-Nasen-Ohrenarzt und gehört einer Arbeitsgemeinschaft für Lärmfragen an. Diese Arbeitsgemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, die Abhängigkeit der Schwerhörigkeit von einem gewissen Lärmfragen an. Diese Arbeitsgemeinschaftliche Maßnahmen zu treffen.

Übrigens ist Dr. Wilke auch bei jedem Nationalsspiel unserer Handballer dabei, denn er übt die Funktion eines Verbandarzes des Deutschen Handballverbandes aus, außerdem ist er Klubarzt des SC Lokomotive.

Oberarzt Dr. Wilke ist ein Mensch, der mitten im Leben steht. Er weiß, daß in der jetzigen Situation sein Platz in den Reihen der Partei ist, er will so aktiv in den Reihen der Vorhut der Arbeiterklasse mitwirken im Kampf gegen die Menschheitsfeinde im Westen Deutschlands, gegen die Feinde des ärztlichen Ethos. Als wir uns verabschieden, schließt der Kandidat der Partei Oberarzt Dr. Wilke seinen Arbeitsraum ab und geht zur Visite. Operationen und Untersuchungen stehen heute noch auf seinem Arbeitsplan.



stellt habe“, sagt er, „ist eine reine Überzeugungssache.“ Dr. Wilke hat sich schon immer politisch betätigt und die Entwicklung in unserer Republik verfolgt. Schon während seiner Studienzeit (er hat sein Staatsexamen 1952/53 hier in Leipzig erhalten) arbeitete er als Mitglied der Fakultätsleitung der FDJ. Nach seiner Pflichterfüllung im Kreis Krankenhaus Rüdersdorf kehrte er 1954 nach Leipzig zurück und war 1955/56 AGL-Vorsitzender der Klinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten.

„In der derzeitigen Situation habe ich meinen Beitritt zur Partei einfach für notwendig erachtet, weil ich mich zur Politik

Nachlaß Stefan Georges übergeben

Der Nachlaß des Dichters Stefan Georges, der bisher in Leipzig deponiert war, wurde Mitte August in Genf vom Direktor unserer Universitätsbibliothek, Prof. Dr. Müller, im Auftrag des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR an den rechtmäßigen Erben Dr. Robert Böhringer übergeben. Der Dichternachlaß war von der SS aus dem Besitz des Grafen von Stauffenberg von Württemberg nach Leipzig verlagert worden. Die Universitätsbibliothek hatte ihn geordnet und aufbewahrt.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß sich die westdeutsche Regierung immer noch weigert, die 1,7 Millionen Bände der Deutschen Staatsbibliothek (früher Preussische Staatsbibliothek), die unter katastrophalen Verhältnissen in Marburg lagern und dem Verfall preisgegeben sind, in den rechtmäßigen Besitz der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin zu übergeben. Auch diese Bestände waren während des Krieges ausgelagert worden.

PUBLIKATIONEN

von Angehörigen der Karl-Marx-Universität

Dr. Siegfried Münch: Grundriss einer Ökonomik der wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionszweige, Teil I: Feldwirtschaft, Heft 13 der „Vorlesungen zur Agrarökonomik“, VEB Deutscher Landwirtschaftsverlag Berlin 1961, 128 S. (12 Kartenn), 3,80 DM.

Prof. Dr. Walter Markov, Peter Florin: Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker, Referat, gehalten von Walter Markov und Schlußwort von Peter Florin auf der wissenschaftlichen Konferenz vom 5. bis 8. August 1961, Internationale Reichsdiets Verlag 1961, 90 Seiten, 1,30 DM.

Ehrendienst zum Schutz der Republik ist jetzt Aufgabe der jungen Kollegen

Gemeinsamer Beschluß der SED-Parteileitung, des Rektors und des Kollegiums der Karl-Marx-Universität, der Universitäts-Gewerkschaftsleitung, der FDJ-Kreisleitung über die Verstärkung der bewaffneten Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik durch Beschäftigte der Universität im Alter von 18 bis 23 Jahren

Die Angehörigen der Karl-Marx-Universität haben in Hunderten von Versammlungen, Stellungnahmen und Briefen ihre volle Übereinstimmung mit den von der Regierung getroffenen Maßnahmen zum Schutz unserer Grenzen bekundet. Die Professoren und Assistenten, die Studenten, Arbeiter und Angestellten danken den Angehörigen der Nationalen Volksmarine, der Deutschen Volkspolizei sowie der Kampfgruppen für ihren beispielhaften Einsatz für Frieden und Sozialismus. Die Angehörigen der Karl-Marx-Universität sind vom Bewußtsein und dem Willen erfüllt, im Interesse der friedlichen Zukunft unseres Volkes, der Niederlage der Bonner Militaristen und Kriegstreiber vom 13. August 1961 durch eine Verdoppelung ihrer Anstrengungen für die Erhaltung des Friedens neue Niederlagen hinzuzufügen.

Die weitere Festigung und Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik als Bastion im Kampf um die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit unserer Nation erfordern gebieterisch die Fortsetzung und Steigerung der Offensive aller Friedenskräfte, in besonderer ist eine weitere Stärkung der bewaffneten Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik notwendig.

Die Diskussionen zu dieser Frage haben auf der Grundlage des Aufrufes des Zentralkomitees zum Aufgebot der FDJ bereits begonnen. Hiervon ausgehend beschließen Universitäts-Parteileitung, Rektor, Universitäts-Gewerkschaftsleitung, FDJ-Kreisleitung und das Kollegium der Karl-Marx-Universität, daß alle Arbeiter und Angestellten der Karl-Marx-Universität im Alter von 18 bis 23 Jahren ihren Ehren-

dienst in den bewaffneten Kräften der Arbeiter-und-Bauern-Macht aufnehmen, um an der Seite der tapferen Söhne unseres Volkes die Militaristen am Brandenburger Tor aufs Haupt schlagen, den Frieden zu sichern und das sozialistische Aufbauwerk und damit den Weg zum Glück unseres Volkes zuverlässig zu schützen. Das ist der Beitrag, den alle Universitätsangehörigen jetzt von diesen jungen Kollegen zum Schutze der friedlichen, wirtschaftlichen Arbeit in den Instituten und Kliniken jetzt erwarten. Die anderen Kolleginnen und Kollegen werden durch ihren Einsatz entstehende Lücken schließen.

Bereit zum Schutze der Republik

Die jüngsten Maßnahmen unserer Regierung zur Sicherung der Grenzen der Republik haben meine begeisterte Zustimmung gefunden. Ich, der ich meine ganze Entwicklung der Arbeiter-und-Bauern-Macht verdanke, bin er freut, daß endlich den Feinden des Friedens und unseres sozialistischen Aufbaus und damit auch den Feinden meines und meiner Familie persönlichen Glücks die Möglichkeit genommen wurde, von Westberlin aus ihre Wühlstätigkeit und den verbrecherischen Menschenhandel fortzusetzen.

Ich habe mich auch bereit erklärt, jederzeit unsere Republik in ihren bewaffneten Kräften schützen zu helfen, denn das ist ein wirksamer Beitrag zur Erhaltung des Friedens, von dem die Erreichung unserer schönen gesellschaftlichen und meiner persönlichen Ziele abhängig ist.

Eberhard Hackethal
Wiss. Assistent am FMI

Studentenwohnstadt ruft die „Alten“

In der letzten Woche ging es auf der Baustelle an der Marschnerstraße zügig voran. Die Stimmung ist bei den fleißigen Aufbauhelfern ganz groß. Alle Ausschachtungsarbeiten sind geschafft. Jetzt herrscht Hochdruck bei den Betonmischern. Täglich rollen 12 Stunden die Loren. Graben um Graben wird gefüllt. In dieser Woche wird sogar eine Nachtschicht arbeiten. Alle ringen

darum, daß bis zum 7. Oktober möglichst viel geschafft wird.

Seit dem Kampfauftrag der FDJ geht es noch mehr mit Elan und Disziplin voran. Ich sprach mit Lutz Wichmann, der schon längere Zeit auf der Baustelle arbeitet. „Ich war dabei, als wir morgens um sechs hier zum Appell antraten. Viele von uns kamen von der Armee. Für uns gab es kein

Überleben, wir haben ja für unsere Republik geschworen“, sagte er. „Aber einige von denen, die direkt von der Oberschule kommen, haben sich erst einmal in die Büsche verdrückt. Natürlich gab es da Auseinandersetzungen. Einen haben wir sogar nach Hause geschickt. Er dachte, er könnte uns dumm kommen, inzwischen scheint er endlich einiges begriffen zu haben. Er kam wieder, hat seine Bereitschaftserklärung zum Schutze unserer Republik abgegeben und arbeitet wieder hier.“

Die besten Freunde, wie Lutz, setzen sich energisch damit auseinander, daß es noch einige gibt, die in ihren Worten größer sind als in ihren Taten. Er meinte, daß es drei Kategorien von Aufbauhelfern auf der Baustelle gäbe: die Mehrheit, die gut arbeitet, solche, die etwas tun, und einige, die ihren Tag rumbringen.

Die letzteren helfen uns nicht, sie stören nur im Gelände. Das sind keine guten FDJler. Der Meinung ist auch Rüdiger Thamm: „Am besten arbeiten die Jungen, die schon einmal bei der Armee waren“, sagte er mir.

Genosse Brandt von der Aufbauleitung legte mir ans Herz, daß dringend Studenten älterer Studienjahre gebraucht werden. Sie sollten längere Zeit als Brigadiere arbeiten. Jetzt sind größtenteils Studenten des künftigen ersten Studienjahres für zehn Tage auf unserer Jugendbaustelle. Die „alten Semester“ haben also aufzuholen.

Das jetzige Tempo muß unbedingt beibehalten werden. Unsere Studentenwohnstadt aufzubauen, ist jetzt für die Studenten der Karl-Marx-Universität eine konkrete Aufgabe im Aufgebot der Freien Deutschen Jugend. Unsere Neuzimmatrikulierten warten auf die Quartiere, die an der Marschnerstraße entstehen.

Die Zeit drängt, meint Euer Wohnstadtreporter



Wissenschaftler des Sinischen Instituts bei Aufbauarbeiten in der Studentenwohnstadt. Foto: 312/59

Ehrevolle Wahl in die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin hat in einer Sitzung des Plenums folgende Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität zu Ordentlichen bzw. Korrespondierenden Mitgliedern in den einzelnen Klassenbereichen gewählt:

Professor Dr. phil. Dr. E. h. Edgar Lehmann, Direktor des Deutschen Instituts für Länderkunde, Professor mit Lehrstuhl für Geographische Wissenschaften an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, Direktor des Geographischen Instituts der Karl-Marx-Universität, Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, als Ordentliches Mitglied der Klasse für Chemie, Geologie und Biologie;

Professor Dr. phil. habil. Walter Markov, Professor mit Lehrstuhl und Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der Karl-Marx-Universität als Ordentliches Mitglied der Klasse für Philosophie, Geschichte und Rechts- und Wirtschaftswissenschaften;

Professor Dr. phil. habil. Carl Friedrich Weiß, Nationalpreisträger, Direktor des Instituts für Angewandte Radioaktivität der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Professor mit vollem Lehrauftrag für Radioaktivität der Karl-Marx-Universität als Korrespondierendes Mitglied der Klasse für Chemie, Geologie und Biologie.

Ich kenne die Menschenhändler aus eigener Erfahrung

Die von Partei und Regierung am 13. 8. 1961 getroffenen Maßnahmen zum Schutze der Grenzen und der Bevölkerung der DDR finden meine vollste Zustimmung und rückhaltlose Unterstützung.

Noch vor kurzer Zeit war ich in leitender Stellung in der volkseigenen Wirtschaft tätig. Aus dieser Zeit sind mir verschiedene Beispiele bekannt, aus denen zu ersehen ist, mit welchen Methoden die Menschenhändler arbeiten und wie sie versuchten, aufrechte Bürger der DDR unter Druck zu setzen.

An einen Fall erinnere ich mich noch sehr lebhaft. Es mußte einmal recht kurzfristig eine innerbetriebliche Entscheidung gefällt werden, die jedoch nur einzelne Kollegen betraf. Die getroffene Festlegung konnte noch gar nicht allgemein im Betrieb bekannt sein, als ich schon mittels telefonischer Anrufe von außerhalb aufgefordert wurde, diese Entscheidung wieder aufzuheben. Unter diesen Anrufen war auch einer aus Westdeutschland. Der saubere Anrufer teilte mir im Laufe der Auseinandersetzung mit, daß dieses unter Zeugen geführt und auf Tonband mitgeschrieben werde, um es gegebenenfalls gegen mich zu verwenden. Natürlich war das ein unzulässiger Versuch am untauglichen Objekt. Dieses Beispiel zeigt jedoch, mit welchen Methoden gearbeitet wird.

Weil ich die Methoden aus eigener Erfahrung kenne, deshalb bin ich jederzeit bereit, mich voll und ganz für die von Partei und Regierung getroffenen Maßnahmen einzusetzen.

Rolf Jüngel
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsrecht

Fruchtbringende Erziehung der Kleinsten

Wie die Kinder unserer Universitätsangehörigen betreut und erzogen werden, zeigte ein Elternabend am 22. August im Kindergarten der Karl-Marx-Universität, Lichtenbergweg 3. Alle, die jetzt als Schulanfänger den Kindergarten verlassen, boten gemeinsam ein einstündiges Programm. Sie führten begeistert vor, was sie im Kindergarten gelernt hatten, um ihren Eltern eine Freude zu bereiten. In Liedern, Gedichten, Tänzen und pantomimischen Darbietungen gestalteten sie einen Jahresablauf. Bedeutsam waren die Darbietungen dadurch, daß aus ihnen stets die Erziehung zur Gemeinschaft offenbar wurde. Das Kollektiv der Erzieherinnen unter Leitung der Genossin Ludwig war erfolgreich bemüht gewesen, unseren Kindern große Ereignisse im Leben der Republik nahezubringen. Den Eltern wurde bewußt, wie wichtig es ist, unseren und allen Kindern den Frieden zu erhalten.

Wir möchten im Namen aller Eltern dem Kollektiv der Erzieherinnen des Universitätskindergartens danken, vor allem dafür, daß sie unsere Kinder zu guten Menschen erziehen.

Dr. Georg Seehase